

# Klug übers Klima reden

Zu spät, zu wenig, zu viel, das Falsche? Fünf Philosophinnen und Philosophen haben die wichtigsten Argumente in der Klimadebatte auf ihre Tauglichkeit geprüft.

TEXT BARBARA BLEISCH, KIRSTEN MEYER,  
STEFAN RIEDENER, DOMINIC ROSER & CHRISTIAN SEIDEL  
ILLUSTRATIONEN DIRK SCHMIDT

Ob es den menschengemachten Klimawandel tatsächlich gibt, darüber muss nicht länger diskutiert werden. Strittig bleibt jedoch, was vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Evidenz zu tun ist. Diese Diskussion muss sorgfältig geführt werden – denn es steht viel auf dem Spiel, die Sachlage ist komplex und die Versuchung vereinfachender Antworten gross.

An dieser Stelle kommt die Philosophie zum Zug. Ihre Aufgabe ist es nicht, die wissenschaftlichen Fakten zu prüfen, vielmehr muss sie die Argumente für oder gegen Massnahmen aufgrund dieser Fakten analysieren. Der Streit löst sich dadurch nicht auf. Aber Philosophie kann helfen, die eigene Position besser zu begründen oder klarer zu sehen, was für abweichende Positionen spricht.

Im Folgenden nehmen wir zehn gängige Argumente philosophisch unter die Lupe – mit dem Ziel, Missverständnisse zu vermeiden, Begriffe zu differenzieren, Fehlschlüsse auszumustern und Positionen auf diese Weise vom argumentativ dünnen Eis auf festen Grund zu führen.

## 1. «Hört auf die Wissenschaft! Sie sagt uns klipp und klar, was zu tun ist.»

Der Aufruf #followthescience ist zunächst vernünftig: In Zeiten von Fake News und Desinformation erinnert er daran, dass wir Entscheidungen auf Grundlage des besten verfügbaren Wissens treffen sollten – und das liefert uns die Wissenschaft. Doch die Wissenschaft allein sagt uns noch nicht, wo es politisch langgehen soll. Die Natur- und Sozialwissenschaften behandeln deskriptive Fragen. Sie begründen zum Beispiel, warum eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad Celsius nur realistisch bleibt, wenn eine sofortige Senkung der

Treibhausgasemissionen in allen Sektoren erfolgt, und sie berechnen, wie das finanzierbar ist.

Schon David Hume hat allerdings in seinem «Traktat über die menschliche Natur» argumentiert, dass aus einem blossen Sein noch kein Sollen folgt. Deskriptive Sachverhalte allein geben also noch keine Antwort auf die normative Frage, was wir tun oder lassen sollen. Hierfür müssen wir die Folgen der Klimapolitik ethisch bewerten, beispielsweise bezüglich der Fragen, ob eine Erwärmung um zwei Grad vertretbar ist oder ob die ökonomischen Kosten zur Vermeidung dieses Szenarios zumutbar sind. Solche Fragen beantworten die Natur- und Sozialwissenschaften nicht. Vielmehr müssen wir sie als Gesellschaft in einem politischen, demokratischen Prozess klären. Dazu braucht es zwar als Basis die wissenschaftlichen Fakten, aber diese müssen um die ethischen Perspektiven unserer Gesellschaft ergänzt werden.

Deskriptive und ethische Fragen werden also an unterschiedlichen Orten behandelt. Und das ist gut so. Denn im Gegensatz zu unseren politischen Entscheidungsträger:innen sind Wissenschaftler:innen nicht demokratisch legitimiert. Sie sind nicht dem Willen des Volkes, sondern der Wahrheit verpflichtet. Diese Arbeitsteilung ermöglicht uns, als Gesellschaft Entscheidungen auf Grundlage des besten Wissens zu treffen. Wer glaubt, die Wissenschaft allein sage uns, was wir tun sollen, übersieht diese wichtige Teilung von Kompetenzen und Legitimationen.

## 2. «Aber das mit dem Klimawandel ist doch alles unsicher. Die Extrem-szenarien sind unwahrscheinlich und darum reine Panikmache.»

Wir wissen mittlerweile sehr viel über den Klimawandel – beispielsweise dass wir mit grosser Wahr-



scheinlichkeit 2050 mehr Unwetter erleben werden als heute, wenn wir weiterhin so viel CO<sub>2</sub> ausstossen. Tatsächlich ist aber vieles noch unsicher – etwa wie häufig und verheerend solche Unwetter genau sein werden.

Allerdings lässt sich mit Unsicherheit mehr oder weniger vernünftig umgehen. Das betont zum Beispiel der Philosoph und Ökonom John Broome in seinem Buch «Climate Matters». Unvernünftig ist es, sich von Unsicherheit lähmen zu lassen und sie pauschal als Rechtfertigung für Untätigkeit heranzuziehen. Unvernünftig ist es auch, angesichts der Unsicherheit einfach so zu tun, als wäre ein mögliches Szenario gewiss – das wahrscheinlichste, das angenehmste oder dasjenige, das sich am einfachsten berechnen lässt. Wenn auf der Wanderung ein Regenrisiko besteht, wäre es offenkundig unvernünftig, nur das Schönwetterszenario zu berücksichtigen und ausschliesslich Sonnenbekleidung mitzunehmen. Denselben Fehler macht, wer einfach davon ausgeht, dass es mit dem Klimawandel in jedem Fall gut enden respektive sowieso zum kompletten Desaster kommen wird.

Vernünftiger ist es, alle möglichen Szenarien – auch wenig wahrscheinliche oder wenig erforschte – in die Waagschale zu werfen. Das gilt umso mehr, als Gewichtiges auf dem Spiel steht. Zum Vergleich: Es ist zwar sehr unwahrscheinlich, dass das eigene Haus jemals Feuer fangen wird. Aber weil wir im Extremfall fast alles verlieren, wenn eine Feuersbrunst eintritt, treffen wir besondere Vorkehrungen (Feuermelder, Feuerlöscher, Versicherung etc.). Entsprechend vernünftig ist es, auch extreme Klimaszenarien als eine Möglichkeit unter mehreren ernst zu nehmen, denn es steht viel auf dem Spiel. Der Verweis auf Unsicherheiten und (Extrem-)Szenarien ist also keine argumentative Abkürzung, vielmehr wirft er die Frage auf, wie wir vernünftig mit der Unsicherheit umgehen sollten. Und genau darüber sollten wir reden.

### **3. «Die Katastrophe lässt sich ohnehin nicht mehr aufhalten. Dann können wir auch einfach so weitermachen.»**

Manche Klimafolgen sind tatsächlich unabwendbar. Arten werden aussterben, Gebiete werden unbewohnbar werden, Menschen werden sterben. Bestimmt ist es richtig, keine Ressourcen an verlorene Kämpfe zu verschwenden. Aber es wäre fatal, damit eine vollständige Tatenlosigkeit zu begründen.

Der Zeitpunkt und vor allem das Ausmass vieler Klimawandelfolgen stehen nämlich keineswegs fest. Im besten Fall könnte es uns noch gelingen, einen Grossteil des Planeten bewohnbar zu halten und für uns und andere Spezies eine gedeihliche Zukunft zu sichern. Im schlimmsten Fall hinterlassen wir eine



auf Dauer verwüstete Erde. Der Unterschied zwischen diesen Szenarien ist enorm und reicht völlig aus, um entschlossenes Handeln zu rechtfertigen. Oder anders: Dass irgendein Übel irgendwann einmal eintritt, rechtfertigt bestimmt keinen totalen Fatalismus. Irgendwann wird auch die Sonne explodieren und alles Leben auf der Erde vernichten. Bis dahin – und das heisst: für sehr lange Zeit – kann das Leben auf der Erde mehr oder weniger gut sein. Das unabwendbare Ende in ferner Zukunft macht diesen Unterschied nicht bedeutungslos.

Eine Variante des Fatalismus vertritt die Idee, es sei gar nicht so schlimm, wenn wir unseren Planeten zugrunde gehen lassen: Aus der grösseren Perspektive des Universums sei das mittelfristige Schicksal der Erde ohnehin egal. Aber – so haben etwa Ökofeministinnen wie Karen Warren betont – wir sind eben nicht ort- und zeitlose Wesen. Wir sollten die Welt nicht von einem Standpunkt aus zu bewerten versuchen, der jenseits von all dem liegt, was uns wichtig ist. Wir müssen unser Handeln letztlich von unserer Perspektive aus beurteilen: vor dem Hintergrund dessen, dass wir zu manchen Dingen in besonderen Beziehungen stehen, dass wir uns um diese Dinge sorgen, dass sie uns bewegen. Und von diesem Standpunkt aus gibt es kaum Wichtigeres als die jetzige Entwicklung unseres Planeten. Mit dem Pathos der kosmischen Distanz zu argumentieren ist nicht Ausdruck von Weisheit. Es zeugt eher von problematischer Gleichgültigkeit. Und in den meisten Kontexten spielt die kosmische Perspektive auch gar keine Rolle. Es fällt niemandem ein zu sagen: Kosmisch betrachtet sind Verkehrstote ein Klacks, deshalb verzichten wir auf Ampeln und Bahnschranken.

Es verhält sich gerade umgekehrt: Das Wissen darum, dass Menschen nach uns kommen und das Leben auf dieser Erde weitergeht, ist von enormer Bedeutung für uns, wie Samuel Scheffler in seinem Buch «Der Tod und das Leben danach» argumentiert. Wüssten wir, dass morgen die Welt untergeht, schiene so vieles, woran uns liegt, sinnlos: die Krebsforschung, die Erziehung unserer Kinder, die Bewahrung grossartiger Kunstwerke, das Knacken einer mathematischen Formel. Könnten wir nicht mehr an den Fortbestand der Menschheit glauben, würden viele unserer Projekte bedeutungslos – und unser Leben damit trostlos.

#### **4. «Wir Menschen haben die Kurve noch immer gekriegt. Auch beim Klimawandel sollten wir auf die menschliche Innovationskraft vertrauen.»**

Dass Millionen von Menschen ihren Lebensstil hinreichend ändern, scheint ein schier aussichtsloses Unterfangen. Die Hoffnung auf technische Lösungen ist deshalb verführerisch. Solche Lösungen reichen von bereits umgesetzten Ideen wie pflanzlichen Fleischalternativen bis hin zu abenteuerlichen Vorschlägen wie Sonnensegel im Weltall. Beim radikalsten Vorschlag wäre es gar nicht mehr nötig, von Öl, Kohle und Gas wegzukommen, sondern wir könnten mit grossräumigen technologischen Eingriffen in die Kreisläufe der Erde – sogenanntem Geoengineering – das Klima schützen.

Richtig ist: Die Bewältigung des Klimawandels ist auf technologischen Fortschritt angewiesen. Gerade wenn alle Länder extreme Armut überwinden wollen und es dabei nicht zur Klimakatastrophe kommen soll, kommen wir um massive Investitionen in die Entwicklung neuer, sauberer Technologien nicht herum. Diese Investitionen müssen aus Gründen der Gerechtigkeit von den Ländern getätigt werden, die ihren Reichtum in der Vergangenheit mit CO<sub>2</sub>-Emissionen erwirtschaftet haben. Bislang wird von solchen Staaten – etwa der Schweiz – gewiss viel zu wenig Geld investiert.

Aber es wäre verhängnisvoll, zu sehr auf solche Technologien zu vertrauen oder sie als Ersatz für tiefgreifende persönliche und politische Massnahmen zu betrachten. Zum einen sind viele der diskutierten Technologien nicht ausgereift. So ist zum Beispiel der Versuch, CO<sub>2</sub> aus der Luft zu entfernen, extrem energieaufwendig, und es ist unklar, woher diese Energie stammen soll. Zu ihrer Gewinnung dürfte ja nicht erneut CO<sub>2</sub> ausgestossen werden. Es wäre zudem äusserst ineffizient, zur Energiegewinnung heute weiteres CO<sub>2</sub> zu emittieren, nur um dieses künftig mit grossem Energieaufwand wieder herauszufiltern.

Zum anderen hat uns der menschliche Erfindungsreichtum mit der Lösung eines Problems oft

wieder neue Probleme beschert. Besonders beim Geoengineering besteht die Gefahr, dass die Medizin schlimmer ist als die Krankheit. Das gilt etwa für die Idee, Aerosole in die Stratosphäre zu bringen, um damit die Sonneneinstrahlung zu reduzieren und die Erderwärmung aufzuhalten. Der Einsatz solcher Techniken könnte gravierende Nebenwirkungen haben, zum Beispiel die Veränderung von Niederschlägen auf der Erde. Zudem käme es zu einem rasanten globalen Temperaturanstieg, wenn solche Techniken etwa aufgrund der Nebenwirkungen plötzlich gestoppt würden. Nicht zuletzt wegen dieser Gefahren bergen solche Technologien auch ein erhebliches geopolitisches Konfliktpotenzial. Wer finanziert und koordiniert den Einsatz solcher Technologien? Wie lässt sich vermeiden, dass einzelne Akteur:innen ohne hinreichende internationale Legitimation vortreten? Was geschieht, wenn manche Nationen vom Einsatz dieser Technologien profitieren, während andere darunter leiden?

Der Umweltethiker Stephen Gardiner spricht im Zusammenhang mit der Hoffnung auf technologischen Fortschritt treffend von der Gefahr «moralischer Korruption». Durch blosser Investitionen in Technik können wir vorgeben, uns gegen den Klimawandel zu engagieren. Aber wir lassen dabei die eigentliche Ursache des Problems – unseren Lebensstil – unberührt. Wir nehmen also keine wirklichen Kosten in Kauf und bürden die anfallenden Risiken erneut künftigen Generationen auf. Die Herausforderung Netto-Null ist so gross, dass wir alle Register ziehen müssen. Es braucht Investitionen in Technik. Aber sie dürfen andere Massnahmen keinesfalls ersetzen.

#### **5. «Im Alleingang kann ich ohnehin nichts bewirken. Also kann ich es gleich lassen.»**

Dieser Einwurf weist auf einen wichtigen Punkt hin. Die Klimakrise ist ein globales Problem, und eine wirklich zufriedenstellende Reaktion muss dementsprechend auch global ausfallen. Aber das bedeutet nicht, dass wir als Individuen keine Verantwortung tragen.

Zunächst einmal ist es unplausibel, dass unser Handeln wirklich gar nichts bewirkt. Wenn jede Einzelhandlung folgenlos wäre, würde auch die Summe dieser Handlungen nichts ausrichten, und wir hätten entsprechend keine Klimaerwärmung. Vielmehr scheint jede zusätzliche Tonne CO<sub>2</sub> ihren Teil zur Erwärmung beizutragen und so mindestens die Wahrscheinlichkeit von Unwettern, Dürren und Hitzewellen zu erhöhen.

Ausserdem gibt es durchaus etwas, was wir als Individuen tun können: einer gemeinsamen Lösung zum Durchbruch verhelfen. Denn gemeinsam kön-

nen wir ja durchaus viel bewirken. Damit gemeinsames Handeln funktioniert, braucht es einen politischen Rahmen, der alle dazu bringt, ihren Beitrag zu leisten. Ein solcher politischer Rahmen fällt aber nicht vom Himmel, sondern muss von Individuen geschaffen und verteidigt werden. Mit Blick auf die Klimakrise sind die bisherigen politischen Instrumente nicht wirkungsvoll genug. Aber wir können uns als Individuen sehr wohl nach Kräften einsetzen, geeignete Massnahmen zum Klimaschutz zu etablieren.

Vielleicht sollten wir unser Tun auch gar nicht allein danach ausrichten, was es bewirkt. Eine andere Tradition verlangt, dass unser Handeln universalisierbar sein sollte: «Was, wenn alle das täten?» Diese Tradition geht auf Immanuel Kant zurück und wird heute etwa von der britischen Philosophin Onora O'Neill fortgeführt. Unser jetziger Lebensstil ist jedenfalls nicht verallgemeinerbar. Und es scheint unfair, uns mehr herauszunehmen, als wir anderen zugestehen können. Deshalb ist es nicht zuletzt eine Frage der Gerechtigkeit, unser Handeln zu ändern.

Letztlich ist es ähnlich wie mit den Steuern: Es folgert niemand, man müsse keine Steuern zahlen, weil man das Staatsbudget ja nicht im Alleingang stemmen könne. Denn auch hier macht der eigene Beitrag einen Unterschied und ist angesichts des kollektiven Ziels eine Sache der Fairness. Die Behauptung, dass man im Alleingang nichts ausrichten kann, ist keine souveräne Haltung, sondern oft nur eine billige Ausrede.

## **6. «Das eigentliche Problem ist doch das Bevölkerungswachstum.»**

Die Weltbevölkerung wächst zurzeit noch, wenn auch immer langsamer. Mehr Menschen emittieren potenziell auch mehr CO<sub>2</sub>, so viel steht fest.

Doch daraus folgt nicht, dass man sich in erster Linie auf das Bevölkerungswachstum konzentrieren sollte. Der britische Ökonom Thomas Malthus hat im 18. Jahrhundert noch beschränkte Ressourcen als harte Grenze für das Bevölkerungswachstum diskutiert. Heute aber beobachten wir, dass das Bevölkerungswachstum auch unabhängig von Ressourcenknappheit begrenzt sein kann. Die Bevölkerung wächst nämlich in reichen Ländern weniger – und somit genau dort, wo die Pro-Kopf-Emissionen hoch sind.

Umgekehrt ist in vielen Ländern mit sehr hohem Bevölkerungswachstum der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck um ein Vielfaches geringer als in der Schweiz. Wir brauchen Umstellungen in Sachen Lebensstil, Infrastruktur und Technologie, die allen Menschen ein auskömmliches Leben ermöglichen, ohne dass es dadurch zu einem katastrophalen Klimawandel kommt. Und weil die globalen Emissionen nicht nur sinken, sondern auf Netto-Null gebracht werden

müssen, bräuchten wir sogar bei schrumpfender Bevölkerung mehr oder weniger dieselben Umstellungen. Das Problem ist also nicht in erster Linie, dass anderswo die Bevölkerung zu schnell wächst, sondern dass unser Lebensstil nicht klimaverträglich auf die Weltbevölkerung ausgeweitet werden kann.

Der Lebensstil ist der zentrale Hebel, nicht die Anzahl Menschen. Und letztlich geht der Fokus auf das Bevölkerungswachstum auch am Punkt vorbei: Wir wollen ja den Klimawandel verhindern, um ein gutes Leben zu ermöglichen – und nicht Leben verhindern, um ein gutes Klima zu ermöglichen.

## **7. «Wir haben wirklich noch andere Probleme als das Klima.»**

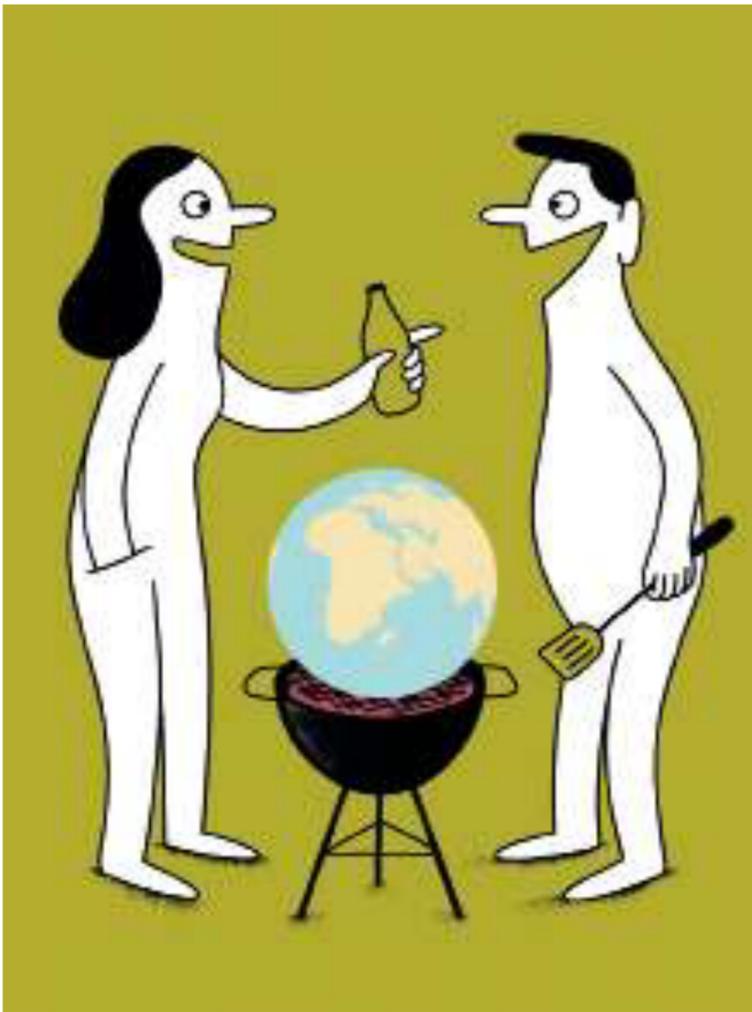
Die Klimakrise ist sicher nicht unser einziges Problem. Andere Herausforderungen verdienen ebenfalls Aufmerksamkeit, und wir müssen Prioritäten setzen.

Bloss: Wenn wir schon daran sind, unsere Prioritäten gezielt zu setzen, dann sollte der Klimawandel eher mehr statt weniger Aufmerksamkeit bekommen. Er hat langfristige, globalere und tiefgreifendere Folgen als viele andere Herausforderungen, die unsere Zeitungsspalten und Regierungsprogramme füllen. Beim Klimawandel stehen – im Gegensatz zu manch anderen grossen Herausforderungen unserer Zeit wie geopolitischen Konflikten – recht gut erforschte Lösungswege bereit. Und wir haben unsere Möglichkeiten, den Klimawandel effektiv zu beschränken, noch längst nicht ausgeschöpft. Dass wir Probleme priorisieren sollten, die gross und prinzipiell lösbar sind, scheint vernünftig.

Für eine Priorisierung des Klimawandels spricht zudem, dass manche seiner Folgen (Unwetter, Dürren etc.) andere Probleme verschärfen – etwa die Migration, die viele beschäftigt. Andere Herausforderungen unserer Zeit (etwa Luftverschmutzung oder wirtschaftliche Abhängigkeit von autoritären Regimes) wurzeln wie der Klimawandel in unserer CO<sub>2</sub>-intensiven Lebensweise. Insofern kann der Kampf gegen den Klimawandel auch bei der Lösung anderer Probleme helfen.

## **8. «Klimaschutz ja, aber bitte nicht auf Kosten der Freiheit.»**

Keine Freiheit ist grenzenlos. Die Freiheit der einen, bis mitten in die Nacht laut zu feiern, verträgt sich nicht mit der Freiheit der andern, um diese Zeit in Ruhe zu schlafen. Freiheit zu schützen bedeutet, Freiheit zu beschneiden. Es zählt nicht nur die eigene Freiheit, sondern die Freiheit aller. Und hier stellt sich die Frage: Verträgt sich die Freiheit der einen, regelmässig in die Ferien zu fliegen, wirklich mit der Freiheit der anderen, ihr Eigentum vor Überschwem-



mungen geschützt zu wissen? Das Deutsche Bundesverfassungsgericht hat diese Frage der Verträglichkeit von Freiheiten sogar auf das Verhältnis zwischen den Generationen ausgeweitet. Es verweist darauf, dass der jüngeren Generation ein unzulässiger Freiheitsverlust droht, wenn der Übergang zur Klimaneutralität nicht rechtzeitig eingeleitet wird – mit den entsprechenden Einschränkungen im Hier und Jetzt.

Wer die Freiheit hochhält, muss sich also die Frage stellen, wann Freiheiten mit guten Gründen begrenzt werden dürfen. In seiner Streitschrift «Über die Freiheit», die als eines der Gründungsdokumente des politischen Liberalismus angesehen werden kann, gab John Stuart Mill im 19. Jahrhundert die folgende Antwort: «Der einzige Zweck, um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer Gesellschaft rechtmässig ausüben darf, ist der, eine Schädigung anderer zu verhindern.» Dieser urliberale Grundsatz rechtfertigt es, Freiheiten aus Klimaschutzgründen zu beschneiden – aus dem einfachen Grund, dass unsere gemeinsam verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen andere schädigen.

Nun ist es grundsätzlich wichtig, Freiheitsbeschränkungen möglichst gering zu halten. Doch es ist ein Vorurteil, dass ökonomische Anreize immer freiheitsschonender seien als Verbote. Ein Verbot von Privatjetflügen beschneidet die Freiheit ärmerer Menschen weniger als eine höhere Besteuerung von Treibstoffen. Auch sind fleischfreie Tage in der Kantine für einen Vegetarier keine Freiheitsbeschränkung – und wenn es um einen reichen Vegetarier geht, dann ist ein solches Verbot sogar freiheitsschonender als Innovationsanreize, die mit progressiven Steuern finanziert würden.

Aber ist nicht freiwilliges Handeln ohnehin der freiheitlichste Weg überhaupt? Sicher nicht immer. Erstens verpufft der Aufruf zum freiwilligen Verzicht oft ungehört. Die Freiheiten der anderen werden so nicht wirksam geschützt. Daher sind Verbote auch für jene, die die Freiheit hochhalten, klassische Instrumente für die Vermeidung externer Effekte wie Ressourcenverschleiss, Gesundheitsgefahren oder Krisen. Beim Ozonloch wäre ein vergleichbarer Ausspruch wie «Hautkrebsschutz ja, aber bitte nicht auf Kosten der Freiheit, FCKW zu verwenden!» entsprechend wenig überzeugend. Zweitens demoralisiert das Pochen auf Freiwilligkeit oft jene, die aus einem Gefühl der Eigenverantwortung heraus ihren Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Verbote schaffen gleiche Bedingungen für alle und können insofern auch gerechter sein.

### 9. «Der Diskurs über den Klimawandel ist unerträglich moralistisch.»

Egal ob Ferienzele, Grillgut oder Aktienanlagen: Jeder Bereich unseres Lebens wird neuerdings auf seinen ökologischen Fussabdruck hin problematisiert. Klimaaktivist:innen stellen sich auf den Standpunkt, dass alle ihren Beitrag zu leisten haben. Doch haben sie das Recht, sich als Moralapostel in unsere Privatangelegenheiten einzumischen?

Der Ärger gilt manchmal weniger den Forderungen an sich als dem Umstand, dass die Kritik in Tugendprotzerei umschlage: hier ein Selfie von der Klimademo posten, dort möglichst sichtbar biovegan konsumieren und dann trotzdem in die Ferien fliegen. Die Philosophen Justin Tosi und Brandon Warmke sprechen in diesem Kontext von *moral grandstanding*: Moralische Forderungen werden zur Sprache gebracht, damit man selber besser dasteht. Das ist problematisch. Dem Ziel einer gerechten Gesellschaft kommen wir damit kaum näher.

Doch auf welcher Grundlage unterstellt man anderen pauschal solch narzisstische Motive? Die Geschichte sozialer Bewegungen legt eher nahe, dass jene, die für eine gerechtere Welt auf die Strasse gehen, weniger von eitler Nabelschau als von der Idee einer gerechteren Welt für alle angetrieben sind. *Moral grandstanding* scheint die Ausnahme, nicht die Regel. Und überhaupt: Wenn nur für eine gerechtere Welt eintreten dürfte, wer selbst perfekt ist, müssten wir wohl alle schweigen. Der Vorwurf der Heuchelei ist oft ein Ablenkungsmanöver, um die Überbringer:in der kritischen Botschaft abzukanzeln, statt sich mit der Sache inhaltlich auseinanderzusetzen.

Manchmal gilt der Moralismusvorwurf aber auch den Forderungen selbst. Die Idee ist dann, dass es gewisse Bereiche unseres Lebens gibt, in denen sich keine moralischen Fragen stellen. Über die Fragen, was wir essen, wie lange wir duschen und wohin wir

reisen, müssten wir daher auch keine moralischen Diskussionen führen. Mehr noch: Wenn wir zu vieles durch die Brille der Moral betrachten und alle nur noch die Welt retten wollen, drohe unser Leben furchtbar uninteressant zu werden: Wer, so fragt Susan Wolf in ihrem Aufsatz «Moral Saints», lernt dann noch perfekt Tennis zu spielen, betreibt Opernhäuser oder kocht auf Sternenniveau?

Möglicherweise gibt es moralfreie Sphären. Aber selbst dann steht zur Debatte, wie weit diese reichen. Und es ist nun einmal so, dass wir auch mit Ferienzeilen, Grillgut oder Aktienanlagen anderen zumindest indirekt schaden oder uns unfaire Vorteile herausnehmen können. Insofern scheinen diese Praktiken durchaus moralisch von Belang. Wer dies anders sieht, muss also mindestens argumentativ mehr leisten, als eine vage Idee des Aussermoralischen zu bemühen.

### **10. «Klimakleber brechen das Gesetz. Das ist moralisch verwerflich und gehört bestraft.»**

Natürlich brechen diese Aktivist:innen das Gesetz. Das ist Teil ihrer Protestform. Aber geltendes Recht muss immer offen sein für Kritik und Anpassung, denn manchmal ist es diskriminierend oder menschenverachtend. Und in solchen Fällen kann ein Rechtsbruch – oder genauer: ein Akt des zivilen Ungehorsams – angemessen sein. Das sah auch John Rawls so, einer der einflussreichsten politischen Philosophen des 20. Jahrhunderts. In seinem Werk «Eine Theorie der Gerechtigkeit» definiert er zivilen Ungehorsam als öffentliche, gewaltfreie, durch Gewissensgründe motivierte politische Handlung, die im Widerspruch zum Gesetz steht und das Ziel verfolgt, eine Veränderung in Gesetzgebung oder Regierungspolitik herbeizuführen. Er glaubte, dass solche Handlungen manchmal legitim sind – nämlich wenn sie sich gegen ein schwerwiegendes Unrecht richten, rechtlich-institutionelle Mittel zu dessen Beseitigung nicht ausreichen, und die öffentliche Ordnung aufgrund der Rechtsbrüche nicht kollabiert.

Und das scheint grundsätzlich plausibel. Niemand würde beispielsweise bestreiten, dass milde Formen zivilen Ungehorsams gegen das Schweizer Wahlrecht vor 1971, das Frauen ausschloss, akzeptabel waren. Natürlich ist es eine offene Frage, ob die derzeitigen Klimagesetze auch ein moralisches Unrecht darstellen – und ob dieses Unrecht so schwer wiegt, dass Widerstand durch milde Rechtsbrüche legitim ist. Klimaaktivist:innen sehen das so: In ihren Augen treten unsere Gesetze und unsere Lebensweise die Menschenrechte künftiger Generationen und der Menschen im Globalen Süden mit Füßen.

Dass es moralisch legitim (oder gar geboten) sein kann, sich nicht an geltende Gesetze zu halten, be-

deutet jedoch nicht, dass jegliche Protestformen (etwa auch gewalttätige) erlaubt sind. Und es bedeutet auch nicht zwangsläufig, dass der Gesetzesbruch ungestraft bleiben soll. Es kann sogar für die Aktivist:innen selbst gute Gründe geben, die vorgesehene Strafe zu akzeptieren, nämlich um Respekt vor dem demokratisch legitimierten Rechtssystem zu signalisieren, wovon das gebrochene Gesetz Teil ist. Die Bereitschaft vieler Klimaaktivist:innen, rechtliche Sanktionen auf sich zu nehmen, unterstreicht jedenfalls – neben der Dringlichkeit ihres spezifischen Anliegens – ihre grundsätzliche Treue zur Rechtsordnung als Ganzem.

Die «Klimakleber» werden manchmal auch vorgeschoben, um von den Anliegen all derer abzulenken, die sich aktiv für Klimaschutz einsetzen. Wichtiger als eine Debatte über Klimaaktivismus wäre aber die Auseinandersetzung um die besten staatlichen Massnahmen zum Klimaschutz. Dabei geht es im Kern um eine äusserst dringende Frage: Was ist vor dem Hintergrund klimawissenschaftlicher Fakten zu tun? Einem gelungenen Diskurs über diese Frage stehen jedoch vereinfachende Antworten entgegen: Die Wissenschaft könne die Antworten selbst liefern, Freiheitseinschränkungen seien grundsätzlich ungerechtfertigt, Klimaschutz sei vergleichsweise unwichtig oder ohnehin hoffnungslos, man könne als Einzelne eh nichts tun und moralische Überlegungen seien grundsätzlich deplatziert. Mehr Differenzierung und Sorgfalt sind für eine sachliche Diskussion über zielführende Massnahmen unabdingbar und können Blockaden in der festgefahrenen Debatte lösen. **DM**

Das Autor:innen-Kollektiv

BARBARA BLEISCH ist Philosophin, Journalistin, Autorin und Mitglied des Ethik-Zentrums der Universität Zürich.

KIRSTEN MEYER ist Philosophieprofessorin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

STEFAN RIEDENER ist Professor für Philosophie an der Universität Bergen.

DOMINIC ROSER ist Lehr- und Forschungsrat für Ethik und Menschenrechte an der Universität Freiburg (CH).

CHRISTIAN SEIDEL ist Philosophieprofessor am Karlsruher Institut für Technologie. [redaktion@dasmagazin.ch](mailto:redaktion@dasmagazin.ch)